

Sie sind hier: [Startseite](#)

NEWS

NRW-Architektentag diskutierte eine "Architekturpolitik für NRW" mit Baupolitiker und Parteien

Architekten fordern: Land soll Vorbild sein für das energiesparende Bauen!

Christof Rose

27.10.2010 | Ein Spitzentreffen der für Bau- und Planungspolitik in Nordrhein-Westfalen zuständigen Politikerinnen und Politiker wurde der diesjährige NRW-Architektentag in der Düsseldorfer Rheinterrasse. Am 25. Oktober kamen rund 250 Architekten und Repräsentanten aus Politik, Bau- und Wohnungswirtschaft, Baukultur und Verwaltungen zusammen, um über eine „Architekturpolitik für NRW“ zu diskutieren. AKNW-Präsident Hartmut Miksch forderte u. a., dass das Land Nordrhein-Westfalen künftig nur noch Bauwerke errichten solle, die nicht mehr Energie verbrauchen als sie selber produzieren. „Wir können Nordrhein-Westfalen vom Energieproduktionsland Nr. 1 zum Energiezukunftland Nr. 1 in Deutschland machen!“ Miksch schlug den anwesenden Baupolitikern der Landtagsfraktionen und dem NRW-Bauminister vor, gemeinsam eine „Architekturpolitik für NRW“ zu entwickeln, die eine städtebauliche Landesentwicklung „aus einem Guss“ ermöglichen könne.



Vergleich der „Architekturpolitik“-Konzepte in Europa (v. l.): Harry K. Voigtsberger (NRW-Bauminister), Jürgen Zurheide (Moderator), Dr. Cilly Jansen (Stiftung Architectuur Lokaal, Amsterdam), Prof. Anna Brunow (Staatl. Kommission für Baukunst, Helsinki) und Hartmut Miksch (Präsident AKNW) - Fotos: Thilo Saltmann

„Architekturpolitik“ versteht sich aus Sicht der Architektenkammer als ein breit gefasster Politikansatz, der sich nicht auf Planungsaufgaben beschränkt, sondern gesellschaftspolitische Entwicklungen wie den demografischen Wandel oder sozialpolitische Herausforderungen wie die Wohnraumversorgung einbezieht. Kammerpräsident Miksch stellte auf dem NRW-Architektentag in der Düsseldorfer Rheinterrasse einen integrativen Ansatz vor, zu dem beispielsweise die Definition baupolitischer Ziele, bedarfsgerechte Investitionen in den Wohnungsbau, eine nachhaltige, an den Bedürfnissen einer alternden Bevölkerung ausgerichtete Stadtentwicklung, faire Marktchancen für Architekten und die Förderung der Baukultur gehören. „Diese Aspekte der Planungs- und Bauwirtschaft müssen zu einer in sich stimmigen, nach vorne weisenden Handlungsstrategie für das Land zusammengefügt werden“, forderte der Präsident der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen.

Integrativer Ansatz für Architekturpolitik

Der Zuschnitt der Ministerien innerhalb der neuen Landesregierung biete zu einem solchen Ansatz große Chancen, sagte Hartmut Miksch an die Adresse des Ministers für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr, Harry K. Voigtsberger. Der nordrhein-westfälische Bauminister ging in seiner Rede vor der Architektenschaft dann auch auf verschiedene der angesprochenen Punkte ein.

Die größte Herausforderung sieht Harry K. Voigtsberger gegenwärtig in der energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes. Etwa die Hälfte der 8,5 Millionen Wohnungen in Nordrhein-Westfalen wiesen keinen oder nur einen unzureichenden Wärmeschutz auf. „Die neue Landesregierung will sich mit Nachdruck dieser Herausforderung stellen und insbesondere darauf achten, dass die Kosten der Sanierungsmaßnahmen nicht auf die Mieter abgewälzt werden.“ Die energiepolitischen Ziele, welche die Bundesregierung formuliert habe, seien eine gesellschaftliche Aufgabe, die aus öffentlichen Mitteln geleistet werden müsse.

Etwa 250 Architekten und Stadtplaner sowie Gäste aus Politik, Bau- und Wohnungswirtschaft sowie Kultur und Verwaltung verfolgten die Vorträge und politischen Diskussionen um eine „Architekturpolitik für NRW“ sowie aktuelle Fragen der Förderung der Baukultur



Wohnungsbau stabilisieren und fördern

Voigtsberger wiederholte seine Kritik an den Kürzungen, die seitens der Bundesregierung für die Städtebauförderung angekündigt worden waren. Auch wenn die radikalen Kürzungspläne nun vom Tisch seien, müsse man hier doch eine bedenkliche Tendenz ablesen. „Wir werden verhindern, dass Armut und Ausgrenzung sich städtebaulich ablesen lassen“, versprach der Bauminister hervor. Die Landesregierung habe sich vorgenommen, in der Modernisierung und

Stabilisierung von Stadtteilen einen großen Schritt voran zu kommen. Der ländliche Raum werde dabei nicht vergessen.

StadtBauKultur NRW wird weiter geführt

Minister Voigtsberger dankte der Architektenkammer NRW für die langjährige konstruktive Partnerschaft, insbesondere auch im Bereich der Förderung und Pflege der Baukultur in Nordrhein-Westfalen. Er bekräftigte, dass er die vor zehn Jahren von Bauministerium, Architektenkammer und weiteren Partnern ins Leben gerufene Initiative StadtBauKultur NRW weiter führen wolle. „Baukultur gibt unseren Städten und Gemeinden ein Gesicht“, führte Voigtsberger aus. Aus seiner Sicht müsse es insbesondere gelingen, junge Leute für das Themenfeld zu begeistern.

Architekturpolitik in Europa

Wie eine konsistente und explizit formulierte Architekturpolitik aussehen kann, stellte der NRW-Architektentag mit einem Blick in europäische Nachbarländer dar. Prof. Anna Brunow, die Präsidentin der Staatlichen Kommission für Baukunst in Helsinki, erläuterte, wie es in Finnland gelingen konnte, auf Initiative der Architektinnen und Architekten des Landes ein „architekturpolitisches Programm“ zu verabschieden. Das Programm definierte in einzelnen Punkten genau, wie ein höheres Niveau der Baukultur zu erreichen sei, etwa durch den Einsatz des Instruments „Architektenwettbewerb“ oder durch die systematische Vermittlung von Architekturthemen in Schulen. Architektur wurde in der finnischen Verfassung verankert, das Programm dezentral operationalisiert, so dass zwölf Jahre nach seiner Verabschiedung 60 regionale Architekturprogramme in allen größeren Städten und auch in kleinen Kommunen umgesetzt werden.

Auf einen dezentralen Ansatz vertrauen auch die Niederländer. Dr. Cilly Jansen, Direktorin der Stiftung Architectuur Lokaal in Amsterdam, erläuterte, dass es in Holland zwar mit Liesbeth van der Pol eine zentrale „Reichsbaumeisterin“ gebe; die eigentliche Vermittlungsarbeit erfolge aber an der Basis, in 50 lokalen Architekturzentren überall im Lande. „Die Architekturzentren haben die Baukultur sehr gefördert und das Verständnis der breiten Bevölkerung für Architektur stark verbessert“, resümierte Cilly Jansen. Aktuell bemühe man sich in Holland darum, junge Entscheider und Projektentwickler für Architekturqualität zu gewinnen.

„Architektur gibt es nicht ohne Politik - aber leider gibt es Politik ohne Architektur“, stellte Prof. Wolf D. Prix von coop Himmelb(l)au aus Wien klar. Nach seiner Auffassung steht die Demokratie dauerhaft in der Verantwortung, die „dreidimensionale Sprache der Architektur“ zu fördern und zu pflegen.



Die Baupolitik war hochrangig vertreten auf dem Architektentag (Foto oben, v. l.: Jochen Ott (MdL, SPD), Christof Rasche (MdL, FDP), Özlem-Alev Demirel (MdL, Die Linke), Moderator Jürgen Zurheide (Journalist), Daniela Schneckeburger (MdL, Grüne), Hartmut Miksch (Präs. AKNW) und Bernhard Schemmer (CDU)

Die „dreidimensionale Sprache“ des Prix

Das sei einer jüngeren Politikergeneration nicht immer leicht zu vermitteln, da Architektur einem Eisberg gleiche: „Man sieht nur die Spitze, also das Ergebnis eines viel größeren, komplexeren Prozesses.“ Prix forderte den Berufsstand zu mehr Selbstbewusstsein auf. Architektinnen und Architekten müssten ihren Auftraggebern auf Augenhöhe gegenüber treten, „nicht als beflissener Dienstleister gegenüber einem Bauherrn“.

NRW-Baupolitiker in der Diskussion

Eine Premiere stellte die abschließende Podiumsdiskussion der baupolitischen Sprecherinnen und Sprecher der nordrhein-westfälischen Landtagsparteien dar. Erstmals in dieser Konstellation diskutierten vor den Architekten und Stadtplanern des Landes Jochen Ott (SPD), Daniela Schneckenburger (Grüne), Bernhard Schemmer (CDU), Christof Rasche (FDP) und Özlem-Alev Demirel (Die Linke) gemeinsam mit Hartmut Miksch über die Frage, wie eine Architekturpolitik für NRW aussehen könnte. Einig zeigten sich die Diskutanten in der Einschätzung, dass ein hohes Niveau an Baukultur ein erstrebenswertes Ziel sei, um die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden zu sichern und zu verbessern. Unter der Moderation des freien politischen Journalisten Jürgen Zurheide (u. a. WDR) wurden aber schnell Unterschiede hinsichtlich der Setzung von Schwerpunkten deutlich.

Schwerpunkte der Parteien

Für die führende Regierungspartei SPD hob Jochen Ott die große Bedeutung des Wohnungsbaus hervor. Man müsse dringend die extrem verdichteten Wohnbebauungen der 1960er und 70er Jahre modernisieren, ohne dabei die Mieter aus den Augen zu verlieren. „Es darf nicht passieren, dass nach Modernisierungen die Mieten derart anziehen, dass beispielsweise Ältere mit kleinen Renten aus den Innenstädten vertrieben werden.“

Die Grünen wollen sich darauf konzentrieren, den demografischen Wandel zu organisieren. „Dazu müssen wir die Sanierungs- und Umbauquote von einem Prozent im Jahr deutlich steigern“, forderte Daniela Schneckenburger. NRW brauche den „Dreiklang aus Fortentwicklung des Bestandes, behutsamen Rückbau und Versöhnung mit der Natur“. Dazu seien Förderprogramme notwendig, damit auch private Investitionen ermöglicht werden.

Für die FDP stellte Christof Rasche heraus, dass die notwendigen Sanierungs- und Aufwertungsmaßnahmen am Gebäudebestand nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Öffentlicher Hand und privaten Investoren gelingen könnten. „Wohnraumförderung muss regional zugeschnitten werden“, hob Rasche hervor. Entsprechende Grundlagen müsse die Bundesregierung in der Städtebauförderung schaffen.

Für die CDU plädierte Bernhard Schemmer für eine sachliche, „weniger ideologische“ Debatte über die Wohnungsbauförderung. Wichtig sei es, die Förderung auf hohem Niveau zu halten und regional zu differenzieren. Die Finanzierung könne beispielsweise über eine vorsichtige Reduzierung der Subventionen für das solare Bauen erfolgen.

Özlem-Alev Demirel hob für Die Linke hervor, dass angemessener Wohnraum auch für den ärmeren Teil der Bevölkerung sicher gestellt werden müsse. Sie bezeichnete es als „großen Fehler“, mit dem Verkauf der LEG-Wohnungen Steuerungsmöglichkeiten der Öffentlichen Hand aufgegeben zu haben. Aus dem gleichen Grund müsse auch das Wohnungsbauvermögen wieder aus der NRW-Bank heraus gelöst werden. „Die Versorgung mit Wohnraum muss politisch gesteuert werden können“, betonte Demirel.



Diskutierten am Rande der Veranstaltung (v. l.): Günther Hoffmann (Bundesbauministerium), Dieter Hilser (Vors. Bauausschuss des Landtags) und Sigrud Trommer (Präsident der Bundesarchitektenkammer)

Steuerliche Anreize für den Wohnungsbau

Der Präsident der Architektenkammer NRW, Hartmut Miksch, hob in der Debatte hervor, dass die angestrebten Sanierungsleistungen mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zu stemmen sei. „Wir benötigen steuerliche Anreize, damit der Wohnungsbau für private Investoren wieder attraktiv wird“, forderte Miksch. Bei den Vertretern aller fünf Landtagsparteien traf er damit auf offene Ohren. Zwar wurde auf der Bühne kontrovers über die Frage der richtigen Abschreibungshöhen und der Finanzierung eines solchen steuerlichen Anreizmodells gestritten. Dass die Bundesregierung grundsätzlich diesen Weg beschreiten müsse, um ihre bau- und umweltpolitischen Ziele erreichbar zu machen, war Konsens. Und wurde als erster Baustein einer „Architekturpolitik für NRW“ aus Düsseldorf nach Berlin gesendet.

 [Artikel versenden](#)

[weitere Meldungen](#)

Architektenkammer Nordrhein-Westfalen | Zollhof 1 | 40221 Düsseldorf | Telefon: (02 11) 49 67-0 | Telefax: (02 11) 49 67-99 | Internet: www.aknw.de | E-Mail: info@aknw.de